



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am
24.01.2023
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:42 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Yvonne Winkler

Dr. Bodo Meerheim

Thomas Schied

Christoph Bernstiel

Dr. Ulrike Wünscher

Dennis Helmich

Dr. Annette Kreuzfeldt

Andreas Heinrich

Dr. Martin Ernst

Kay Senius

Torsten Schaper

Jana Kozyk

Dirk Neumann

Claudia Rohrbach

Richard Busch

Ernst Josef Peter Dehn

Henry Körner

Anne-Katrin Wielebinski

Ausschussvorsitzende

Fraktion MitBürger & Die PARTEI

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Teilnahme ab 17:45 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertreterin für Frau Thomann

AfD-Stadtratsfraktion Halle

Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

René Rebenstorf

Dr. Sabine Odparlik

Simone Trettin

Karsten Golnik

Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt

Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Teamleiterin Freiraumplanung

Leiter Abteilung Stadtentwicklung/Freiraum

Entschuldigt fehlten:

Beate Thomann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner erschienen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Winkler**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler sprach an, dass zum TOP 4.1 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)

Änderungsanträge vorliegen, welche unter TOP 4.1.1 und 4.1.2 zur Behandlung anstehen.

Herr Dr. Ernst sprach an, dass der unter dem TOP 5.1 stehende

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour im Sportausschuss vertagt worden ist und erst im Februar 2023 diskutiert wird. Demzufolge vertagte er diesen Antrag hier im Ausschuss.

Frau Winkler rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.12.2022
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04461
 - 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05123
 - 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)
Vorlage: VII/2023/05167
 - 4.2. Kooperationsvertrag Förderverein Freifunk Halle e.V.
Vorlage: VII/2022/04241

- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465 **vertagt**
- 6. Mitteilungen
- 6.1. Information zum Sachstand Mietspiegel
Vorlage: VII/2023/05100
- 6.2. Aktuelle Schwerpunkte im Bereich Digitalisierung
Vorlage: VII/2023/05132
- 7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Anregungen
- 9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 22.11.2022
- 10. Beschlussvorlagen
- 11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 12. Mitteilungen
- 13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 13.1. Frau Rohrbach Museumsnacht
- 14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.12.2022

Die Niederschrift vom 15.12.2022 wurde ohne Einwendungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04461**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05123**

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)**
Vorlage: VII/2023/05167

zu 4.1 **Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2022/04461

Wortprotokoll auf Antrag von Herrn Eigendorf, SPD Stadtratsfraktion

Frau Winkler

Wir kommen zu den Beschlussvorlagen.

TOP 4.1 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle, da hatten wir ja im letzten Monat reichlich diskutiert und ich dachte eigentlich, wir können einfach nur noch abstimmen, aber der Änderungsantrag der Freien Demokraten, den müssen wir heute noch behandeln und den Änderungsantrag der CDU auch. Also, insofern bitte ich, ich meine, Sie haben ihn ja schon eingebracht, das letzte Mal, noch nicht? Da habe ich mich jetzt nur dunkel erinnert, also dann sind Sie bitte, Herr Bernstiel, dran mit dem Änderungsantrag der CDU.

Herr Bernstiel

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Rebenstorf, werte Kolleginnen und Kollegen, das Grünraum- und, Entschuldigung, das Grün- und Freiraumkonzept der Altstadt wurde ja in der letzten Sitzung beraten und dann durch den Feueralarm unterbrochen und ich hatte ja meine Äußerungen, die sich jetzt im Änderungsantrag wiederfinden, da schon angefangen, aber natürlich noch nicht verschriftlicht. Warum jetzt dieser Änderungsantrag?

Das, vorweg muss man sagen, dass das Konzept insgesamt auch von unserer Fraktion begrüßt wird, ich sagte ja bereits, 90 % dieser Dinge, die da stehen, sind gut, auch wünschenswert. Aber, und das muss man leider auch unterstreichen, es ist ja anfänglich dieses Konzeptes aufgezählt worden, welche Punkte bei der Erstellung dieses Konzeptes eine Rolle gespielt haben. Und da fehlt leider der Bürgerentscheid, der ja im Jahr 2021 durchgeführt wurde. Und jetzt kann man darüber denken, wie man will, aber dieser Bürgerentscheid wurde ja von den Hallenserinnen und Hallensern auch getroffen. Und wenn man jetzt das Konzept sich durchliest, dann stößt man an zwei entscheidenden Stellen auf Punkte, die diesem Votum, das die Bürger abgegeben haben, widerspricht, widersprechen.

Ich will auf die drei Punkte ganz kurz eingehen.

Der erste Punkt ist quasi, Streichung, dass das Parkhaus im Händelhauscarree sozusagen, sinngemäß schlecht ist. Da wissen wir nicht, was das jetzt in dem Grün- und Freiraumkonzept zu suchen hat, das ist eine Wertung, die aus unserer Sicht verzichtbar ist, darüber kann man aber diskutieren. Die zwei wesentlichen Punkte, die den Bürgerentscheid berühren, sind der Punkt 2 und der Punkt 3, warum? Denn wenn Sie diese Seite 29 den letzten Absatz jetzt lesen: „Um dies zu erreichen, ist das einschlägige Regelwerk konsequent anzuwenden“ und Sie beziehen das auf die Seiten, auf die Textstellen zuvor, da werden Sie dort feststellen, dass der Robert-Franz-Ring erwähnt ist, dass der Hansering erwähnt ist und genau das, bei konsequenter Anwendung des Regelwerks, Radwege zu bauen, haben Sie keinen Platz mehr für zwei Fahrspuren und in der Konsequenz würden Sie dann genau diesen einen Punkt, der ja auch maßgeblich war im Konzept zur weitestgehend autofreien Altstadt und der abgewählt wurde, wieder hier mit aufgreifen. Deswegen kann man den eigentlich nicht stehen lassen.

Und der zweite Punkt auf Seite 30 ist genau dasselbe. Hier diese Vorfestlegung auf

Reduzieren und Wegstreichen von Parkplätzen, die auch explizit in dem Konzept der autofreien Altstadt erwähnt wurden, ist nach unserer Ansicht nach auch wieder ein Eingriff bzw. Nichtberücksichtigung des Willens des Bürgerentscheides und wir würden dafür plädieren, mit den eigenen Argumenten, die auch von den Fraktionen, die hier sehr für das Konzept sind und wahrscheinlich auch gegen den Änderungsantrag, es ist ja damit nichts verbaut und Sie würden hier mit zum Ausdruck bringen, dass sie den Willen der Hallenserinnen und Hallenser insofern respektieren, dass Sie sagen: „Das ist hier ein Konzept, das widerspricht dem Willen des Bürgerentscheides, deswegen nehmen wir es hier raus“ . Wir könnten 90 % der Maßnahmen, die in diesem Konzept stehen, auch umsetzen und es wäre einfach ein Zeichen, dass man hier auch auf das hört, was die Hallenserinnen und Hallenser möchten und deswegen würden wir dafür werben, diesem Änderungsantrag in dieser Form zuzustimmen, danke.

Frau Winkler

Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Schied.

Herr Schied

Ja, ich habe eine Frage zu Punkt 2. Sie sind also dagegen, das einschlägige Regelwerk konsequent umzusetzen bzw. anzuwenden? Ich weiß jetzt gar nicht, ob das möglich ist, da gibt es gesetzliche Vorgaben und ich weiß nicht, ob sie die jetzt aushebeln können. Ich weiß auch nicht, ob das irgendetwas mit dem Bürgerentscheid zu tun hat.

Und dann, muss ich mal sagen, Herr Bernstiel, und Sie haben ja selber gefordert, ein ganzheitliches Mobilitätskonzept und das ist ja ein Punkt, in diesem Punkt, den Sie ablehnen, steht drin: „zu berücksichtigen sein wird aber das ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt“ und das wollen Sie jetzt streichen? Das ist jetzt ein bisschen, irgendwie, das verstehe ich nicht so ganz, muss ich ehrlich sagen. Also es ist eigentlich, also da steht ja das drin, was Sie eigentlich, soweit ich das weiß, gefordert haben bisher und deshalb kann ich das nicht so ganz nachvollziehen.

Frau Winkler

Frau Dr. Kreutzfeldt

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ich habe eigentlich zu allen 3 Punkten eine Anmerkung.

Zu Punkt 1: Das ist eine Feststellung und eine Feststellung einfach raus zu streichen, weil sie einem nicht passt, ist Pippi Langstrumpf Prinzip: „ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt“. Es ist einfach eine Tatsache, die hier drin festgeschrieben ist und wir können ja auch gern einen anderen Vorschlag machen, dass würde Ihre Probleme alle lösen. Wir machen aus diesem Parkhaus eine Anwohner-, also eine Quartiersgarage, wo die Anwohner drin parken können und die Gewerbetreibenden, wenn das dann möglich wäre, wird es ja leider im Moment nicht sein. Aber das könnte ein Gegenvorschlag sein und dann hätten wir sofort eine Menge Autos dort von den Straßen weg.

Zu 2., da muss ich dort, genau wie Herr Schied, ich kann mich nur wundern, ich kann mich nur wundern, wie Sie von der Stadt fordern wollen, geltendes Recht nicht umzusetzen. Das kommt von einer Partei, die sich immer „Law and Order“ auf die Fahnen schreibt und auf einmal sagen Sie „Wir wollen das hier nicht anwenden, um Partialinteressen von Leuten, die parken wollen, im Gegensatz zu vielen anderen Interessen, die Leute leben dort, die Leute wollen dort atmen, die Leute wollen nachts schlafen, die wollen dort, auch wenn sie in der Innenstadt vielleicht nicht wohnen, aber arbeiten, ein Umfeld haben, was überhaupt noch geht.

Außerdem wollen wir in die Innenstadt mehr Tourismus bringen und wenn wir dort keine Aufenthaltsqualität haben, weil wir, sie die Stadt nicht runtergekühlt kriegen im Sommer, wir

wissen, dass die letzten Sommer die heißesten seit Aufzeichnungsbeginn waren und das wird sich fortsetzen. Ich kann mich darüber nur wundern.

Und zum 3. Punkt. Ich glaube, dass das überhaupt nichts zu tun hat, mit dem Bürgerentscheid und wenn schon, sollte man, wenn es darum geht, die Leute fragen, die dort in der Innenstadt wohnen, die genau dort sich aufhalten müssen und die haben nämlich beim Bürgerentscheid gegen ihren Vorschlag gestimmt, ja.

Frau Winkler

Ganz kurz würde ich noch einbringen, dass es nicht wundert, dass Sie im Punkt 3 die Eigeneinschränkung der Verwaltung zugunsten des Mobilitätskonzeptes, das auch streichen. Sie streichen nämlich „zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt“, das erschließt sich mir nicht, warum Sie das streichen wollen, Herr Bernstiel?

Herr Bernstiel

Ja das ist ja das Schöne an einem Fachausschuss, da kann man sich über solche Themen auch unterhalten. Also zunächst einmal, muss man ja vornweg schieben, die Altstadt gehört allen Hallenserinnen und Hallensern und nicht nur den Altstadtbewohnern, das muss man vielleicht zur Kenntnis nehmen.

Jetzt zum 1. Punkt, das hatte ich ja gesagt, darüber kann man streiten, aber ich finde es schon schwierig, wenn man schreibt „Es ist ein Problem, dass es dort ein Parkhaus gibt“ und wir reden hier, nochmal zur Erinnerung, über ein Grün- und Freiraumkonzept der Altstadt der Stadt Halle (Saale), wir reden nicht über ein Verkehrskonzept, wir reden nicht über ein Tourismuskonzept, wir reden auch nicht über ein Mobilitätskonzept.

Und deshalb ist es unser Ansinnen, die Punkte, die mit diesem Grün- und Freiraumkonzept, - das nochmal gesagt, sehr gut ist - nichts zu tun haben, dort eben auch aus diesem Konzept auch rauszunehmen. Denn wir kennen ja die Logiken, die wir hier im Stadtrat haben, dann wird sich in weiteren Beschlussvorlagen, die irgendwann später kommen, immer wieder darauf bezogen „ihr habt das doch damals beschlossen, ihr habt euch doch damals in dem Konzept darauf festgelegt und das möchten wir einfach gern vermeiden. Wir möchten, dass das Konzept das ist, was es verspricht, nämlich ein Grün- und Freiraumkonzept und kein Konzept, was Fragen der Mobilität, der Erreichbarkeit oder der Verkehrsführung mit aufnimmt.

Zum 2. Punkt, warum wollen wir den rausstreichen? Das hatte ich Ihnen gesagt, das ist auch die Logik der Stadtverwaltung und wie man Änderungsanträge im Stadtrat stellt; sie streichen nur das, was sie auch gestrichen haben wollen. Ich hätte jetzt der kenntnishafter vorher noch den Satz voranstellen können, der da vorher steht, ich hatte ihn auch hier bei der Einbringung erwähnt, da geht es explizit um die Altstadtringe, das Schaffen von Radverkehrswegen und dagegen ist auch grundsätzlich nichts einzuwenden. Wenn man aber sagt, man wendet das Regelwerk konsequent an, wir haben es an vielen Stellen in dieser Stadt nun mal mit engen

Altstadtstraßen zu tun, wo Kompromisse geschlossen werden müssen und auch schon geschlossen wurden, die wir alle besichtigen können, dann würde es bedeuten, wenn wir diesen Satz so stehen lassen, dass es de facto zu einer Einspurigkeit im Robert-Franz-Ring kommt und das hatten wir so, in dem Konzept für die autoarme Altstadt, wurde das so abgelehnt. Und das war ja nicht nur mein Wille, das haben ja die Bürger so entschieden. Deshalb wollen wir nur diesen Satz so wegstreichen, weil wir grundsätzlich nichts dagegen haben, dass dort Radwege geschaffen werden, so ähnlich wie es jetzt schon teilweise im Robert-Franz-Ring ist.

Und der 3. Punkt ist für uns auch kein Widerspruch. Ich hatte es bereits schon gesagt, es ist ein Grün- und Freiraumkonzept und deswegen sind diese Anspielungen hier auf Kfz-

Infrastrukturen und die Umsetzung, die müssen wir da auch nicht reinbringen, die können wir im Mobilitätskonzept abarbeiten und auch darüber diskutieren. Aber hier an dieser Stelle hat dieser Passus einfach nichts verloren, aus unserer Sicht und deswegen sind wir dafür, diesen hier raus zu streichen. Und genau diese Punkte, die hier im Punkt 3 stehen, finden Sie auch so wieder im Konzept zur weitestgehend autofreien Altstadt. Und hier geht es ja nicht darum, was wir uns wünschen und hier geht es auch nicht um politischen Diskurs, hier geht es einzig und allein darum, anzuerkennen, dass die Bürgerinnen und die Bürger der Stadt Halle über diese Fragen, über diese 3 Punkte, 2 Punkte sind es ja nur, entschieden haben und es liegt an Ihnen, ob Sie das akzeptieren oder ob Sie sagen, nein, das akzeptieren Sie nicht, dann spielen wir eben das Spiel nochmal neu, das ist kein Problem.

Frau Winkler

So, jetzt bitte ich die FDP ihren Änderungsantrag – können wir das nicht, ich meine, da kommt die Debatte sicher gleich noch – noch einzubringen.

Herr Schaper

Vielen Dank. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass von Herrn Schied noch etwas kommt. Also, unser Antrag baut ein bisschen auf dem auf, was auch die CDU in ihrem Antrag zu stehen hat. Was wir – da klopft es gerade -, was wir eigentlich bemängeln, auch unter dem Vorwort, dass wir genauso sagen, 90, vielleicht auch 95 % der Sachen, die da drinstehen, die sind richtig und die sind auch wichtig. Ich würde es mal unter die Überschrift stellen, erstmal, das kleine 1x1 beachten, dann vielleicht auch, eins nach dem anderen, und vielleicht auch das 1x1 der Kommunikation. Das sind so die drei Punkte, die uns so ein bisschen stören und warum wir auch den Antrag gestellt haben.

Warum das kleine 1x1? Ganz einfach, hier steht drin, es fallen Parkplätze weg, ganz klar, fallen weg, werden ersatzlos gestrichen erstmal. Es stehen auch irgendwo Visionen, das man vielleicht hier oder dort vielleicht auch einen Parkplatz errichten möchte, vielleicht eine Quartiersgarage o. ä., steht alles drin, sind aber Träume oder Wünsche und Möglichkeiten, was aber wegfällt definitiv sind Parkplätze. Natürlich, wie ich gestern auch schon wieder erfahren habe, wir sind die Partei mit der Parkplatzbrille oder Autofahrerbrille, ja, die setzen wir uns da auch gerne auf und wollen deshalb auch diesen kleinen Passus mit dazu haben in dem Konzept, das man das auch wirklich nacheinander macht. Also wenn Parkplätze wegfallen müssen, sollte auch nachgewiesen werden, dass an anderer Stelle Parkmöglichkeiten wieder geschaffen werden. Das ist das kleine 1x1.

Das 1x1 der Kommunikation: Wir haben mit Händlern gesprochen und gefragt, ob die denn auch einbezogen wurden bei dem Konzept, wo es um die Innenstadt geht, wo es auch um die Verschönerung, wo es um die Attraktivitätssteigerung in der Innenstadt geht, aber die klare Antwort war: Nein, mit uns hat niemand gesprochen. Beim letzten Mal bei dem Konzept wurde uns versprochen, es wird mit Anwohnern, mit Bewohnern, es wird mit Gewerbetreibenden usw., es wird auch mit denen gesprochen, aber auch denen stößt man jetzt wieder vor den Kopf mit einem Konzept, was man einfach so wieder aufgestellt hat. Vielleicht wäre das Gleiche rausgekommen, vielleicht wären auch andere gute Ideen mit eingeflossen, aber man hat auch hier wieder es versäumt, mit diesen Leuten zu kommunizieren. Vielleicht haben Sie auch eine andere Meinung dazu, aber das sind die Antworten, die wir bekommen haben.

Auch dieses: Eins nach dem anderen, was ich schon gesagt habe, erstmal etwas schaffen und dann etwas wegräumen. Das ist ganz einfach. Und wir erhöhen jetzt wieder den Parkdruck, das ist das, was dann passiert. Wir sagen den Anwohnern, die in der Innenstadt wohnen: wir nehmen euch jetzt erstmal Parkplätze weg, sucht euch woanders welche, damit erhöht sich der Parkdruck in anderen Regionen, also, wir verlagern auch hier wiederum das Problem nur und es wurde ja auch, wie Christoph Bernstiel das gesagt hatte, es wurde vor zwei Jahren mit 60 % sich dagegen entschieden und das ist einfach Bürgerwille und auch da gehen wir jetzt wieder drüber hinweg und deshalb würden wir vorschlagen, unserem Antrag

zu folgen, der das ganze Konzept überhaupt nicht infrage stellt, sondern einfach die Reihenfolge ein bisschen mit beachtet, Dankeschön.

Frau Winkler

So, wer möchte? Bitte Herr Schied.
Entschuldigung, Entschuldigung.

Herr Schied

Oh ja, das wäre besser vielleicht.

Frau Winkler

Herr Rebenstorf hat Vorrang.

Herr Rebenstorf

Das ist ganz okay. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde jetzt mal vielleicht zusammen mit Frau Trettin nochmal kurz eine Einordnung zu Beidem machen, dass Sie auch unseren Standpunkt nochmal gehört haben.

Um mal von hinten her anzufangen. Herr Schaper, wir hatten ja beim letzten Mal signalisiert gehabt, in den Bereichen, wo wir jetzt tatsächlich eingreifen, sind das überwiegend Bestände, die die HWG betreffen, also uns selber indirekt als Kommune. Die Gespräche haben stattgefunden, weil, das sind die, die auch davon betroffen sind. Das sind tatsächlich Anwohner. Das sind unsere Bestände, wo wir auch und das hatte ich hier - und ich weiß nicht, aber es kann sein, dass ich dann durch den Feueralarm oder auf der Zielgeraden dahin unterbrochen wurde - das wir seit Jahren mit der HWG im Gespräch sind, um Flurstücke neu zu ordnen, die damals, die DDR hat ja auf Grundstücksgrenzen keine Rücksicht nehmen müssen und hat fleißig über alles hinweg gebaut und wir waren ja in den letzten Jahren auch damit beschäftigt gewesen, im Bereich der Altstadtkarten, also Karte Brunos Warte, aber insbesondere, alles, was da hinter dem Graseweghaus ist, da stehen Mäuerchen und Treppen auf gewidmeten Verkehrsanlagen, da können sie keine Wärmedämmung dran bringen, da hat es keine klare Zuordnung der Außenanlagen gegeben, wem gehört jetzt der Stellplatz, wo ordnen wir dies hin? Diese Neuordnung hat sehr viel Arbeit und sehr viel Kraft gekostet und da kann niemand sagen, dass wir das mit den Eigentümern nicht abgestimmt haben. Das ist über Dutzende Marathonsitzungen ist das abgestimmt worden, ist das korrigiert worden, ist das nach bundesdeutschen Gesetzgebungen angepasst worden, sprich, wem gehört das Eigentum und damit ermöglichen wir der HWG, ihre Bestände fertig zu sanieren. Weil, die Meisten werden sich schon gewundert haben, warum hinter dem Graseweghaus die Plattenbauten nicht saniert wurden. Das hat einfach etwas mit der unklaren Zuordnung der Grundstücksflächen zu tun gehabt, einfach, weil in der DDR das Grundbuch nicht geführt wurde, nicht in der Form, wie wir das heute machen würden.

So, deswegen kann niemand sagen, wir haben mit denen nicht gesprochen. Wir haben mit Denen gesprochen und zwar die, die es betrifft. Das betrifft keinen Einzelhändler, sondern das betrifft die HWG als Eigentümer. So, das hat stattgefunden.

Das Regelwerk, meine Damen und Herren, ist anzuwenden. Über das Wort konsequent können wir uns gern streiten. Also, es sind immer Einzelfallentscheidungen, um es vielleicht mal so einzufangen. Es sind immer Einzelfallentscheidungen, es sind immer Einzelfalllösungen und wir müssen gucken, dass wir die Belange gegeneinander und miteinander abwägen, damit wir uns entsprechend des Regelwerkes auch orientieren können. Also davon, bin ich der Auffassung, sollte man die Verwaltung auch nicht abbringen.

Was in dem Konzept ausdrücklich auch gekennzeichnet ist, sind Bereiche die tatsächlich das Konzept zur weitestgehend autofreien Altstadt betreffen. Die Folien liegen bei, die haben wir

Ihnen das letzte Mal gezeigt. Da sind rote Linien drum herum gezeichnet worden, zum Beispiel am Schloßberg, Friedemann-Bach-Platz oder der Bereich am, was ist das, südwestlichen Universitätsring, also auf der Altstadtseite. Da haben wir einen Kringel drum gemacht und gesagt, dort ist es wünschenswert, dass man an diese Flächen nochmal rangeht, die müssen überarbeitet werden; aber sie können nicht Gegenstand des Grün- und Freiflächenkonzeptes sein, denn dazu bedarf es tatsächlich erst des Ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes, vorher gehen wir an diese Flächen auch nicht ran. Das haben wir ausdrücklich dargestellt.

Das Parkhaus Händelgalerie, hier ist es schon genannt worden, das ist ein Hinweis, den wir schon mit auf den Weg gegeben haben, hat einfach etwas damit zu tun, dass es ein öffentliches Parkhaus ist und wir haben Dutzende Hinweise und Rückmeldungen schon bekommen, man findet es ja nicht. Ja klar, weil man den Zugang, also der Eingang ist auf der einen Seite und die Ausfahrt auf der anderen Seite, es sind die schmalen Gassen, die dort hinführen, dort kann man sich etwas Anderes vorstellen, aber auch das ist ausdrücklich, um den Bürgerentscheid auch zu respektieren, als Hinweis mitgegeben. Weil, was machen wir sonst für ein Konzept? Wir müssen das Konzept trennen in: Wo geben wir Hinweise, wo man nochmal ran muss und das unter dem Hintergrund Ganzheitliches Mobilitätskonzept, wir aber im Moment nicht können, wir uns am Ende die Teile heraus gesucht haben, wo wir sicher uns außerhalb des Ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes befinden, nämlich die Gespräche, die wir über Grundstückszuordnung mit der HWG und den Wohnbeständen geklärt haben, das können wir machen. Die Marktplatzbegrünung hat nichts mit dem Mobilitätskonzept auch für die Altstadt zu tun in dem Bürgerentscheid, die Bäume am Domplatz nicht und die Flächen vor der Ulrichskirche auch nicht.

Also wir haben - das will ich Ihnen nochmal klar signalisieren - deutlich abgewogen, wo können wir aktiv werden und wo haben wir die Hinweise gegeben, dass wir die Diskussion um das Ganzheitliche Mobilitätskonzept noch abwarten müssen, damit es danach auf die Quartiersebene herunter bricht, denn das ist auch das Ziel in der Arbeitsgruppe des Ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes, dass wir dann, nachdem wir die Ziele definiert haben, dann später für jedes einzelne Quartier, weil die Altstadt wird andere Bedürfnisse haben als das Paulusviertel oder Halle-Neustadt zum Beispiel. So, das findet dann in den Quartierskonzepten statt.

Das sei jetzt von uns und Frau Trettin würde nochmal ergänzen, dass wir sie auch nochmal gehört haben. Vielen Dank.

Frau Trettin

Ich habe nur nochmal eine kleine Ergänzung und das ist jetzt der Hinweis auf den Schülershof.

Da ist es ja so, dass wir dieses Klimaquartier entwickeln wollen und da gibt es jetzt im Februar schon die Anliegerbeteiligung, also die erste Beteiligung mit allen Anliegern über die HWG und die andere Wohnungsgenossenschaft hinaus, wo wir uns mit allen Anliegern hinsetzen wollen, um zu besprechen, was erwarten die von uns, von dieser Entwicklung als Klimaquartier, wo sehen die Probleme, wo sehen die noch andere Möglichkeiten oder auch weitergehende Möglichkeiten, als wir auf diesem kleinen Ideenplan, den wir sozusagen beigefügt haben, schon mitbringen. Das heißt, da wird es dann tatsächlich schon so sein, dass wir konkret auch sagen können, wir führen dieses Konzept fort, wir entwickeln das weiter und es gibt da auch eine Bürgerbeteiligung zu. Also jetzt nicht in dem Sinne, dass wir jeden Bürger und jeden Mieter nochmal befragen, sondern wir befragen alle Flächeneigentümer und auch die privaten und nicht nur die Wohnungsgenossenschaften.

Frau Winkler

Gut, vielen Dank. Ich will nochmal ganz kurz anmerken, falls jemand das Protokoll, das so schön abgestimmt wurde, nicht gelesen hat, es ist ganz ausführlich und beschreibt die

Situation der letzten Sitzung total episch, also da kann man gerne nochmal nachlesen, was man alles versäumt hat.

Gut, jetzt wäre Herr Schied zuerst dran und dann Sie.

Herr Schied

Ich brauch da gar nichts mehr zu sagen. Die Verwaltung hat eigentlich schon so ziemlich alles gesagt und ich weiß ja nicht, was die Änderungsantragssteller jetzt noch vorbringen wollen, das erschließt sich mir jetzt nicht so ganz.

Frau Winkler

Danke. Dann Frau Rohrbach.

Frau Rohrbach

Gut. Ich würde jetzt da weitermachen, wo ich das letzte Mal so nett unterbrochen wurde. Ich hatte noch so zwei, drei Fragen und zwar: wenn ich mir jetzt den Moritzzwinger/Brunos Warte angucke, da steht ja drin in der Beschreibung, dass Sie auf der Innenfläche Brunos Warte vor dem Unternehmen, dem Unternehmen die Parkplätze sozusagen abkaufen wollen, soweit ich das jetzt verstanden habe.

Frau Trettin

Wir müssen denen nicht die Parkplätze abkaufen, wir müssen denen die Zufahrt zu den Parkplätzen wieder abkaufen. Also die haben ein Stückchen Straße, wenn man so will, damals, also das ist mit verkauft worden, das war jetzt gerade nicht die weitsichtigste Entscheidung, die wir da vielleicht mit getroffen haben, da müsste man sich mit denen nochmal rückkoppeln, ob sie uns das sozusagen wieder rückverkaufen würden. Sonst kommt man auf die Stellflächen, die da wirklich unkompliziert einordenbar wären, sonst nicht hin, da kommt man sonst nicht ran.

Frau Rohrbach

Okay, aber Sie haben ja sicher mit denen noch nicht gesprochen?

Frau Trettin

Wir haben mit denen noch nicht sprechen können. Wir haben versucht, vieles abzuklären im Vorfeld, aber wir konnten nicht alles abklären.

Frau Rohrbach

Okay. Genau, wir waren das letzte Mal im Bereich Kleiner Berlin gewesen, gibt es denn da schon Vorschläge mit den Spielgeräten? Weil, ich glaube, es gab in allen Fraktionen schon die Beschwerde eines Anwohners.

Frau Trettin

Anwohnerbeschwerden kennen wir nicht. Muss man jetzt auch so sagen, Spiellärm unterliegt keiner Regelung. Wir haben Abstimmungsrunden getroffen mit dem Stadtmuseum, weil die ja sozusagen, weil man sich ja vorstellen kann, dass man das vielleicht thematisch dahin sortieren kann, was man da an Spielgeräteideen sich da so ausdenkt. Wir hatten Abstimmung mit dem Denkmalbereich, weil es ja Flächendenkmal Altstadt ist. Nach den Vorstellungen des Denkmalbereiches wird es eher etwas Bodengebundenen, Niedriges sein, als etwas Klettergerüst- hohes, aber weiter sind wir da auch noch nicht.

Frau Rohrbach

Okay. Frage zum Salzgrafenplatz. Soweit ich das verstanden habe, die Grundstücke gehören der Stadt noch nicht, sondern, Sie müssen auch da erst anfragen?

Frau Trettin

Die Grundstücke werden der Stadt auch nicht gehören. Da beabsichtigen wir jetzt keinen Ankauf, weil unten drunter ist ja Tiefgarage. Das sind zwei Grundstücke, also ich weiß nicht, ob man das hier jetzt so sagen darf, bei dem einen sind wir anteilig der Eigentümer, bei dem anderen nicht, wir haben aber Wegerechte. Und wir prüfen, ob, inwieweit die Wegerechte uns auch zur Änderung der Oberfläche berechtigen und inwieweit die Grundstückseigentümer da tatsächlich mitmachen würden.

Frau Rohrbach

Das wäre ja wünschenswert.

Frau Trettin

Das zeigt ja auf der anderen Seite auch, es ist eben ein Konzept, das Konzept ist noch nicht bis zum Ende, wir sind noch nicht in der Genehmigungsplanung, das können wir auch nicht sein. Wir bringen die Ideen und die Zielrichtung, wo man sich dann hin entwickeln könnte hier unter.

Frau Rohrbach

Genau, beim Maßnahmebereich Kleine, Bereich Klausstraße, da war eine Frage. Sie schlagen wieder diese HWG – Mietergärten vor, gibt es da dann die Regelung, dass die nicht so unschön aussehen, wie an der Moritzkirche? Das bringt ja zum Klima dann gar nichts, wenn dort eine graue Wand steht.

Frau Trettin

Wir sind mit der HWG so übereingekommen, dass sie auf jeden Fall grün werden. Die wollen auch keine Mietergärten in dem Sinne haben, das soll jetzt nicht in so einen Sichtschutzaun mutieren, wie in dem anderen Bereich, sondern tatsächlich grüne Vorzone vor dem Gebäude. Die aber dann, von der Zuordnung her, zur HWG geht, auch in der Pflege zur HWG geht.

Frau Rohrbach

Okay. Dann zum Schülershof, Sie haben es erwähnt. Das heißt, mit dem Investor des Polizeipräsidiums, der Schule usw. wurde jetzt noch gar nicht weiter gesprochen?

Frau Trettin

Nein, wir haben das, wie gesagt, mit beiden Wohnungsunternehmen, die da größerer Flächeneigentümer sind, abgestimmt, was die sich so vorstellen. Ob die grundsätzlich sagen, in diese Richtung können wir uns das gar nicht vorstellen, also in Richtung Parkplatzreduzierung da voranzukommen und das mehr grün zu machen, weil, wir brauchen jeden Stellplatz. Es kam von der Seite eindeutig, dass sie sich das vorstellen könnten, grüner zu machen und das war für uns der Anlass, ihnen überhaupt diesen Plan hier vorzuschlagen. Wir würden jetzt in dieser Anliegerbeteiligung von allen anderen jetzt auch so abfragen, wie sie sich dazu stellen, wie sie zu anderen Themen, die ja auch abgehandelt werden sollen, sich einbringen wollen oder eben auch nicht und wohin man sich dann tatsächlich mit dem Schülershof entwickeln kann.

Frau Rohrbach

Aber die Fläche im Innenhof, Stichwort Feuerwehrzufahrt etc., die wurde nicht mit angedacht?

Frau Trettin

Die Fläche mit dem Innenhof gehört jetzt mit zu diesem Quartierskonzept, was wir jetzt entwickeln, also vertiefen wollen, dazu. Das Klimaquartier wird unsere, also diese Parkplatzfläche und die auch jetzt Innenhoffläche südlich davon mit umfassen.

Frau Rohrbach.

Genau. Das heißt also, auch die HWG, Gewerbeeinheiten vorne, wo ich hier sehe, dass die Gastronomie, der Stellplatz extrem verkleinert wurde oder auch die Litfaßsäule vergessen wurde?

Frau Trettin

Das kann durchaus sein, so detailliert sind wir da noch nicht.

Frau Rohrbach

Aber mit der HWG wurde gesprochen bezüglich der Veränderung Schülershof vorne am Markt, die bauen sie ja dort auch?

Frau Trettin

Das ist abgestimmt. Wir sind mit der HWG da in einem sehr engen Austausch, auch in einem mehrfachen Austausch schon gewesen und die sind jetzt auch bei der Aufgabenstellung und Auswahl eines möglichen Planungsbüros mit dabei.

Frau Rohrbach

Dann würde ich gern noch die Bitte mitgeben, dass sie im Schülershof auch den Radweg, am Lichthaus vorbei, vielleicht eine Kennzeichnung hinkriegen, weil ich glaube, das ist für alle ein großes Problem.

Frau Winkler

Das war's? Gut. Dann Herr Rebenstorf

Herr Rebenstorf

Ich muss nochmal ganz kurz dazwischen, Frau Trettin hat es ja schon anklingen lassen, meine Damen und Herren, das ist kein Baubeschluss. Wir reden nicht darüber, wo die Litfaßsäule exakt steht oder so etwas. Es ging darum, Ihnen Ideen und Potentiale aufzuzeigen, um die Frage zu stellen, sind wir grob auf dem richtigen Weg und wenn das mit 90 % beantwortet werden kann, reicht das ja schon, zu sagen, das sind die Richtungen, in die wir gehen wollen. Wir hatten es ja auch gesagt gehabt beim letzten Mal, ob der eine Baum exakt da hinkommt oder nicht, oder ob das dann im Genehmigungsverfahren mit der Denkmalbehörde nochmal anders entschieden werden muss, das wird nochmal alles runtergebrochen, dorthin, wo wir dann außerhalb der Privatgrundstücke sind, auf den öffentlichen Flächen sind, wo wir dann, je nach Bedarf dann die Baubeschlüsse noch brauchen. Kübel auf dem Marktplatz aufstellen, das ist eine Sondernutzung, das können wir innerhalb des eigenen Wirkungskreises dann mit der Sondernutzung auf den Weg bringen, das können wir selber machen, aber dort, wo wir tatsächlich noch Baubeschlüsse brauchen, kommen wir ja auf jeden Fall nochmal vorbei hier in den Gremien. Und da können wir gern nochmal im Detail dann ganz konkret nochmal diskutieren.

Das muss man sich einfach nochmal vor Augen führen, das ist ein Konzept, das Potentiale aufzeigt, die möglich sind und je nachdem, können wir sofort ran, dann machen wir es jetzt und dort wo wir sagen, wir müssen zwingend auf das Ganzheitliche Mobilitätskonzept warten, wie Friedemann-Bach-Platz, da können wir leider erst später mit den konkreten Ideen kommen. Jetzt muss ich doch nochmal zurück an Frau Trettin geben.

Frau Trettin

Auch da nur noch eine Ergänzung. Wir kommen also auch schon vor dem Baubeschluss nochmal zu Ihnen zu einer Votierung, weil wir, wenn wir die Fördermittel beantragen, sie ja auch dieses Städtebauförderprogramm jedes Jahr und auch jeden Sonderantrag, den wir man bei jedem anderen Förderbauprogramm stellt, immer wieder mit beschließen müssen, wenn wir die Eigenmittel sozusagen mit bereitstellen können.

Frau Winkler

Danke. Jetzt kommt erst Herr Heinrich. Bitte Mikro.

Herr Heinrich

Ja, es geht ja auch, ich habe das Gefühl, man möchte Parkplätze abbauen und ja, es ist in Halle nicht so, dass südländisch aussehende Zuhälter im goldenen Ferrari Cabriolet mit drei Nutten im Fond aus Jux und Dollerei spazieren fahren und die Parkplätze blockieren, wer in der Innenstadt ein Auto hat, das sind Leistungsträger in der Gesellschaft, die das Auto zur Wertschöpfung und zum Lohnerwerb und zum Familienunterhalt brauchen und zum Erwerb der Mittel zum Steuerzahlen, um auch Sozialversicherungsabgaben leisten zu können. Deswegen kann man nicht alle Parkplätze abbauen, man muss das mit Augenmaß machen, man kann sicherlich keine autofreie Innenstadt konzipieren oder durchführen und dann erwarten, dass die Unternehmer hier Schlange stehen und Geschäfte aufmachen wollen, das ist sozusagen auch in New York nicht so. Wenn Sie sich Bilder ansehen von New York, da ist auch in der Innenstadt in Manhattan ein reger Autoverkehr und das ist ja nun eine Weltstadt die, ich sage mal, Taktgeber ist für andere Städte in der Welt. Ich glaube nicht, dass ein autofreies New York eine lebenswerte Stadt wäre, was Sie hier in Halle planen.

Frau Winkler

Danke. Frau Dr. Kreuzfeldt, Sie waren die Nächste.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ich habe noch zwei kurze Fragen an Frau Trettin, die sind in der Diskussion noch bei uns aufgetaucht. Zum einen: Es ist relativ viel in der Planung mit Hochbeeten oder auch mit Rabatten, das ist ja auch relativ pflegeintensiv, wer wird das übernehmen? Also ist das die Stadt, das Grünflächenamt oder sollen das die Eigentümer selber, so Salzgrafenplatz oder so? Und das Zweite: Wie ist das, wie haben Sie das gedacht, so in Richtung Schwammstadt, dass man wirklich dann das Regenwasser wirklich aufsammelt und nutzt, weil irgendwie, irgendwo muss ja das Wasser herkommen, damit Bäume und Grünflächen wachsen?

Frau Winkler

Frau Trettin.

Frau Trettin

Also bei den Hochbeeten, die jetzt nicht erdgebunden sind, also sprich, wo wir nicht nur eine erhöhte Fläche haben, die noch einen Anschluss an den eigentlichen Grund und Boden hat, haben wir uns versucht, sehr zurückzuhalten und da sehr vorsichtig und sparsam damit umzugehen. Aber an manchen Standorten, wie beispielsweise Ulrichskirchhof, da geht nichts Anderes, das wissen wir schon. Es ist ganz klar, dass diese intensiven und pflegebedürftigen Vorhaben, die wir hier zum Teil ja umsetzen werden und wollen auch, dass die sich in den Folgekosten irgendwo niederschlagen werden, das darf man auch nicht verhehlen, das steht auch in dem Konzept drin.

Das heißt, es wird irgendwann tatsächlich die Frage kommen, spätestens auch mit den Baubeschlüssen, wenn wir Ihnen die vorlegen und der Fachbereich Umwelt, Abteilung Grünflächen nicht mehr sagt, sie können es aus dem Budget bezahlen, dass dann irgendwann die Entscheidung fällt oder steht, können wir uns das leisten, auch im Hinblick auf die Folgekosten und wollen wir uns das tatsächlich leisten? Aber auch das kann man jetzt noch nicht in Zahlen runterbrechen, weil, wie gesagt, diesen Maßstab haben wir noch nicht erreicht, dass wir konkret sagen könnten, was das dann bedeuten würde.

Und was war jetzt Frage 2? Entschuldigung, Schwammstadt, ja. Zum Beispiel bei der Untersuchung oder der Untersetzung zum Klimaquartier wird das eine ganz wesentliche Rolle spielen, da geht es genau um solche Fragen, wie kann ich in einer bebauten Stadt Regenwasser rückhalten, Regenwasser wieder nutzbar machen? Das wird aber genauso

auch bei den größerflächigen Maßnahmen, die wir jetzt drin haben, also Moritzzwinger, dann ein Thema sein. Also, wo man einfach die Flächen auch hat, um über solche Sachen mit nachzudenken. Es ist in einer bebauten Stadt nicht einfach so etwas nachträglich nachzurüsten, weil man auch gerade bei Bestandsbäumen und so nicht alles machen kann, was technisch möglich ist, ohne den Baum wieder zu beschädigen und da wird es in manchen Fällen auch eine Abwägung geben müssen, zum Beispiel auch am Waisenhausring, sehe ich das so, dass wir irgendwann Ihnen die Frage vorlegen, soll man dieses schlecht wachsende Bäumchen, was da ist, unbedingt erhalten oder will man im Sinne einer technisch besseren zukunftsfähigeren Gesamtmaßnahme nochmal darüber nachdenken, diese Bäume, diese kleinen, da wegzunehmen, um etwas Vernünftiges, Zukunftsfähiges in Gänze machen zu können. Aber auch das kriegen Sie irgendwann nochmal als Variante zum Beschließen.

Frau Winkler

Vielen Dank. Herr Bernstiel war zuerst, gut.

Herr Bernstiel

Ich will die Diskussion auch nicht in die Länge ziehen, ich habe alle Argumente aufgenommen und auch verstanden, dass es vielleicht den einen oder anderen hier im Raum gibt, der mit dem Punkt 1 und 2 oder sogar mit allen 3 ein Problem hat, deswegen würde ich ganz gern, wenn unser Änderungsantrag dann abgestimmt wird, eine Einzelpunktabstimmung beantragen.

Ich möchte Sie noch explizit darauf hinweisen, wenn der 2. Punkt vielleicht etwas schwieriger zu verstehen ist, warum der gegen diesen Beschluss, was ja gegen die Wirkung eines Bürgerentscheides verstößt, wenn das nicht ganz so transparent ist, so ist es doch bei Punkt 3 sehr eindeutig und Herr Rebenstorf, Sie haben mein Argument eigentlich nicht entkräftet. Sie haben zwar gesagt, Sie haben rote Linien, um den Friedemann-Bach-Platz gezogen, um den Schlusshof, aber in dem Konzept und das ist nun mal Tatsache, steht, so wie es hier geschrieben ist: „Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze, reduziert werden.“ Und dann wird aufgezählt: Schülershof, Friedemann-Bach-Platz usw., usf. und das sind genau diese Punkte, die im Bürgerentscheid drin standen und deswegen würde ich Sie nochmal darauf hinweisen, dass, wenn Sie diesen Punkt 3, wenn Sie das so stehen lassen, verstoßen Sie gegen den Willen dieser Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und das ist eine Tatsache. Wir können das abstimmen, aber das wollte ich nochmal explizit so sagen, nicht, dass jemand hinterher sagt, er hätte es nicht gewusst.

Frau Winkler

Herr Rebenstorf

Herr Rebenstorf

So meine Damen und Herren, da muss ich dann nochmal ganz klar dazu Stellung nehmen, weil Herr Bernstiel hat jetzt wieder nur einen Teil vorgelesen. Ich lese es nochmal vor, damit es klar ist: „Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze reduziert bzw. verlagert und zu attraktiven begrünnten Freiflächen mit mehrfach Nutzung: Radfahren, Gehen, Aufenthalt usw. umgestaltet werden, zum Beispiel am Jerusalemer Platz, Schülershof und am Friedemann-Bach-Platz oder am Altstadttring.“

Und danach hat Herr Bernstiel abgebrochen und dann kommt man zu dem Punkt, den hier Frau Winkler auch angesprochen hat, auch gestrichen werden soll: Zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt (noch in Bearbeitung). Carsharingangebote können zudem helfen, die Bedarfe usw. zu reduzieren.“ So der letzte Satz.

Carsharing, das ist auch eine Feststellung an der Stelle, da steht nicht drin, wir machen das,

sondern es ist eine Feststellung. Nochmal ausdrücklich, wir haben, damit es ein Gesamtkonzept für die Altstadt ist, diese Flächen, wo zwingend auf das Ganzheitliche Mobilitätskonzept gewartet werden muss, was dann über eine Bürgerbeteiligung das berücksichtigt, was mit dem Bürgerentscheid vor zwei Jahren kassiert wurde, wieder geheilt an der Stelle und erst dann für uns der Weg frei ist, tatsächlich über die zuvor aufgezählten Flächen letztendlich Vorschläge zu unterbreiten, die dann abgestimmt werden können. Nochmal, es ist, zur Vervollständigung haben wir die Flächen mit aufgezählt, dass dort etwas gemacht werden muss, aber es ausdrücklich zu berücksichtigen sein muss, dass Ganzheitliche Mobilitätskonzept. Erst dann ist für uns der Weg frei, dass wir entscheiden können, wie es dann mit den Flächen weitergeht.

Sie stimmen jetzt hier nicht über eine Vorentscheidung ab, wie mit diesen Flächen dann später zu verfahren ist. Wir ändern nicht unsere Linie, die wir gesamt haben, wir respektieren und akzeptieren den Bürgerentscheid von vor zwei Jahren und wir haben damals gesagt, wenn es um diese Flächen geht, die dort aufgezählt wurden und demzufolge vom Bürger auch kritisiert werden, dass wir dort erst rankommen, wenn das Ganzheitliche Mobilitätskonzept vorliegt, da kommen wir, nachdem ich die Diskussion vom letzten Freitag noch in Erinnerung habe, jetzt auf die Zielgerade, dass wir tatsächlich in diesem Jahr, zur Mitte des Jahres, auch die Bürgerbeteiligung noch durchführen können. Also, da wird nichts in Frage gestellt, was der Bürger vor zwei Jahren entschieden hat.

Frau Winkler

So, jetzt kommt erst Herr Senius, dann Herr Schied und dann Frau Dr. Kreuzfeldt.

Herr Senius

Ich kann es auch ganz kurz machen. Einmal vielen Dank Frau Trettin und Herr Rebenstorf für die ergänzenden Ausführungen zu den Änderungsanträgen. Ich verstehe das so, dass die Verwaltung die Ablehnung beider Änderungsanträge empfiehlt, ist das richtig?

Herr Rebenstorf

Ja.

Herr Senius

Danke.

Herr Schied

So, ich habe es ja an mehreren Stellen schon gesagt, dass wir das Konzept sehr begrüßen, aus mehrfachen Gründen, also Klima, Aufenthaltsqualität, ich will mich da nicht wiederholen. Aber ich finde, was Sie hier machen, das läuft schon an das Thema, man kann sagen, Spiegelfechterei. Also Sie, gerade die FDP wieder, Sie haben heute wieder eine schöne PR rausgehauen. Es sollen, Frau Trettin hat es dargelegt, es sollen nicht Parkplätze in großem Maße weggenommen werden, also das ist einfach eine Befürchtung, da gibt es keine Grundlage dafür.

Und als Nächstes möchte ich mal sagen, das Problem mit dem Bürgerentscheid, wir haben das im Vorfeld diskutiert, Herr Bernstiel, das ist genau das, was jetzt passiert. Dieser Bürgerentscheid führt jetzt dazu, also man kann ihn vergleichen mit der Bibel, muss ich mal sagen, jeder interpretiert sich das so, wie er es gern möchte, ja. Sie interpretieren da jetzt Dinge rein, die praktisch vom Bürger überhaupt nicht entschieden worden sind. Es wurde ein konkretes Konzept abgelehnt, mit unkonkreten, mit ...(unverständlich), ein Beschluss zu einem Konzept wurde aufgehoben, ein Konzept mit sehr unkonkreten Zielen. Sie interpretieren da jetzt eine ganze Menge rein und ich möchte mal daran erinnern, dass es immer noch den Beschluss zur weitestgehend autofreien Altstadt gibt, den haben Sie mit Ihrem Bürgerentscheid überhaupt nicht angegriffen und was der Bürger dann abgelehnt hat, das ist teilweise reine Spekulation. Man kann das auch in die andere Richtung drehen. Ich

weiß nicht, was den Bürgern im Einzelnen an diesen Punkten missfallen hat. Das ist auch aus diesem Bürgerentscheid überhaupt nicht ersichtlich. Ja vielleicht wollte der Bürger sogar noch mehr oder vielleicht noch weniger Autoverkehr, noch mehr Parkplätze wegnehmen, das interpretieren Sie jetzt hier rein. Das ist jetzt vielleicht etwas überspitzt zur Formulierung, aber, was Sie hier machen, Sie können doch nicht versuchen, hier alles zu blockieren und hier Stimmung machen, wofür es überhaupt keine Grundlage gibt. Vor allem dieses Grünraumkonzept wieder irgendwie als Grundlage zu nehmen, um hier wieder Stimmung zu machen, das halte ich vielleicht gefährlich, gefährlich nicht, schräg finde ich das.

Also, wir brauchen dieses Grünraumkonzept, wir haben mehrere Sommer erlebt, in denen war es total heiß, die Innenstadt ist staubig und heiß. Ich möchte mal wissen, wer dann überhaupt noch in die Innenstadt möchte zum Einkaufen, wenn Sie immer die Händler vorschieben, da müssen Sie doch Interesse daran haben, dass sich in der Hinsicht etwas bessert. Ich kann es echt nicht mehr nachvollziehen, was Sie hier auflegen mit ihren Änderungsanträgen, es ist reine Spiegelfechtereie und Stimmungsmache.

Frau Winkler

So, Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ich habe jetzt noch, ich habe von Herrn Bernstiel zweimal gehört, so unterschwellig, ja, ja, dann machen wir eine zweite Runde. Jetzt frage ich die Stadt, ich weiß ja nicht, können Sie das beantworten, müssen Sie aber nicht, was Sie vorhaben, aber es wird ja wohl keinen zweiten Bürgerentscheid geben. Aber es könnte ja sein, dass von, theoretisch gegen das Konzept nochmal geklagt wird, mit dem Hintergrund, die Maßnahmen sind ja im Bürgerentscheid abgelehnt worden und dann würde durch eine Klage die Umsetzung blockiert, kann das passieren? Oder nicht? Oder ist das völlig, also wenn...

Frau Winkler

Das ist doch reine Spekulation.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ich habe das herausgehört.

Frau Winkler

Ja, ich habe das auch gehört.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ich frage Sie jetzt nicht, was Sie vorhaben, das müssen Sie mir jetzt nicht sagen. Aber ist es theoretisch möglich, dass hinterher mit dieser Begründung das Konzept wieder gekippt wird, auch wenn wir das jetzt beschließen?

Frau Winkler

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Frau Dr. Kreuzfeldt, das kann ich Ihnen jetzt in der Form nicht beantworten, dann hätten wir die Frage bei jedem Beschluss. Also, wenn ich mir morgen die Tagesordnung angucke, ich formuliere es mal salopp, bei dem Thema haben Sie mich lieb, bei dem anderen Thema, was dann kommt, werden Sie mich liebhaben, so ungefähr, da würde es dann permanent hin und her gehen. Also, jetzt nicht komisch gucken, fangen wir nochmal von vorn an. Entschuldigung, das ist jetzt, ... tief Luft holen.

Also, es gibt auch unterschiedliche Themen, die wir haben. Das eine Mal, sage ich mal, gewinnt die eine Seite, weil es absehbar ist, Sie haben die Mehrheit, da könnte ja die andere

Seite sagen, passt mir nicht, ich klage dagegen und dann kippt es wieder in die andere Richtung. Deswegen habe ich das im Beispiel im KW gebracht, da wäre es ja genauso. Da gucke ich jetzt in ihre Richtung, würden Sie morgen klagen wollen, wenn es in die andere Richtung ausgeht, das kommt ja aufs Gleiche raus, deswegen ist das jetzt reine Spekulation, ob gegen die Beschlüsse, die in dem Wohnhaus nahe am Stadtrand gefasst werden, am Ende des Tages jemand dagegen vorgeht. Also ich fasse jetzt mal meine etwas verunglückte Ausführung so zusammen, es ist reine Spekulation.

Frau Winkler

Gut. Dankeschön. Frau Rohrbach.

Frau Rohrbach

Also Frau Dr. Kreuzfeldt, auf ihre Frage kann ich antworten, dass aus der Bürgerschaft das Interesse an diesem Konzept sehr groß ist und dass die Bürgerschaft in vielen Teilen sehr sauer ist, weil die Parkplätze weggenommen werden. BürgerInnen, Entschuldigung. Und das ich mehrfach darauf angesprochen wurde, warum der Bürgerentscheid jetzt nicht mehr gilt und die auch gesagt haben, gut, dann müssen wir einen neuen machen. Das war wirklich, das ist die Reaktion auf dieses Konzept, weil die BürgerInnen nicht verstehen und es sind die Leute, die auch hier in der Altstadt wohnen, es sind auch in Teilen Gewerbetreibende, weil, ja.

Frau Winkler

Na gut, das werden wir nicht lösen jetzt. Ich denke, wir sind jetzt soweit, dass wir es durch entscheiden können.

Ich möchte zuerst den FDP Änderungsantrag abstimmen. Da bitte ich die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, wer kann dem zustimmen? Den dürfen wir ja im Block machen, ja? Ihr Antrag, erstmal der FDP-Antrag, gut.

Ich bitte die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, wer stimmt dem Antrag zu? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind 3. Wer stimmt dagegen? Das sind 1,2,3, 4, mehrheitlich abgelehnt. Jetzt bitte ich die Stadträte um ihr Votum. Wer stimmt dem Änderungsantrag der FDP zu? 1,2,3, 4. Wer stimmt dagegen? 1,2,3,4,5,6,7 dagegen, das ist mehrheitlich abgelehnt.

So jetzt kommen wir zu dem Änderungsantrag der CDU mit Einzelpunktabstimmung.

Da muss ich leider meine Brille aufsetzen.

Da ist also der CDU Antrag im Punkt 1, die Streichung auf Seite 15, 3. Absatz.

Ich bitte die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Wer stimmt dieser Änderung zu? 4. Wer stimmt dagegen, das sind 3, es ist mehrheitlich zugestimmt.

Dann bitte ich die Stadträte um ihr Votum. Nein, wir machen erstmal alle Punkte durch, nein, doch, die Stadträte, was jetzt Punkt 1 angeht, sorry. Wer stimmt diesem Änderungsantrag im Punkt 1 zu? 4. Wer stimmt dagegen? Es sind 7 dagegen, das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 2, in dem das Regelwerk konsequent nicht angewendet werden darf.

Ich bitte die sachkundigen Einwohner um ihr Votum. Wer stimmt dem zu? 3 sind dafür. Wer ist dagegen? 4 dagegen.

Ich bitte die Stadträte um ihr Votum. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? 4 dafür. Wer stimmt dagegen? 7 dagegen, mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 3, Seite 30 Umnutzung von Kfz Infrastrukturen.

Ich bitte die sachkundigen Einwohner um ihr Votum? Wer stimmt zu? Wer stimmt dagegen? 4 dagegen, 3 dafür, mehrheitlich abgelehnt. Und die Stadträte bitte, wer stimmt dem Änderungsantrag zu? 2,3,4. Wer stimmt dagegen? 7 dagegen, das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zu dem ursprünglichen Grün- und Freiraumkonzept. Wer kann dem zustimmen von den sachkundigen Einwohnern? Den bitte ich um sein Handzeichen. Das sind 4. Und wer stimmt dem nicht zu? 2 dagegen, wer enthält sich? Wir sind nur 6, 4 dafür und 2 dagegen, 5 dafür, es sind doch nur 6 sachkundige Einwohner. Es waren immer 7.

Herr Neumann

Ich enthalte mich.

Frau Winkler

Ach Sie enthalten sich, Entschuldigung, das habe ich als Option überhaupt nicht in Betracht gezogen. Gut. Bei einer 1 Enthaltung ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Ich bitte die Stadträte um ihr Votum. Wer stimmt dem Freiraumkonzept so zu? Das sind 7. Und wer stimmt dagegen? 4 dagegen, es ist mehrheitlich angenommen.

Ende Wortprotokoll.

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)**
Vorlage: VII/2023/05167

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Klimaanpassung das Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) als Handlungsgrundlage für die Freiraumentwicklung im Halleschen Stadtkern-, **mit folgenden Änderungen auf S. 30:**

Umnutzung von Kfz-Infrastrukturen

Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze, ~~reduziert bzw.~~ verlagert und zu attraktiven, begrünten Freiflächen mit Mehrfachnutzung (Radfahren, Gehen, Aufenthalt etc.) umgestaltet werden (z. B. am Jerusalemer Platz, im Schülershof, auf dem Friedemann-Bach-Platz oder am Altstadttring). Zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt (noch in Bearbeitung). Mehr Carsharing-Angebote können zudem helfen, den Bedarf an Pkw-Stellplätzen im Untersuchungsraum zu reduzieren. **Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen, durch die mehr als 5 Parkplätze entfallen, erfolgt nur, wenn ein Ausgleich in unmittelbarer Umgebung nachgewiesen ist oder sich in paralleler Umsetzung befindet. Dies erfolgt beispielsweise durch das geplante Parkhaus im Bereich Brunoswarte.**

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2023/05123

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt
nach Einzelpunkt abstimmung**

Zu 1: mehrheitlich abgelehnt

erstellt. Der Verein bekommt vom Land Fördermittel.

Frau Rohrbach sagte, dass sie den Vertrag nicht ganz versteht. Hier steht doch nur das drin, was die Verwaltung jedem Bürger und Unternehmen anbietet und leistet. Das ist doch nichts, was in einem Kooperationsvertrag stehen müsste.

Frau Dr. Odparlik sagte, dass es einen klaren Stadtratsbeschluss dafür gab, dass genau dieser Verein unterstützt werden soll. Dies ist ja nicht generell so, dass jedes Unternehmen oder Verein automatisch unterstützt wird. Das wäre auch nicht leistbar.

Herr Heinrich sagte, dass er den Eindruck hat, dass die Arbeit des Vereins von öffentlichen Fördermitteln abhängig ist, sollte dies entfallen, steht die Funktionalität des Ganzen in Frage. Ist es sinnvoll, so eine Konkurrenz zu Unternehmen aufzubauen, wenn dies möglicherweise keine langfristige Grundlage darstellt.

Frau Dr. Odparlik sah keine Konkurrenz, hier wird ein gutes Engagement geleistet. Jeder der sich für freies WLAN in der Stadt engagiert, kann dabei nur unterstützt werden. Es sollte nicht gewartet werden, bis irgendwann jemand kommt und die flächendeckende Absicherung mit WLAN in der Stadt macht. Vereine und die Wirtschaft profitieren von freiem WLAN.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Winkler** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die beigefügte Kooperationsvereinbarung mit dem Förderverein Freifunk Halle e.V. abzuschließen.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1	Information	zum	Sachstand	Mietspiegel
	Vorlage: VII/2023/05100			

Die Information war in Session hinterlegt.

Herr Golnik informierte kurz zum Sachstand Mietspiegel. Am gestrigen Tag fand die vierte Sitzung im Arbeitskreis „Mietspiegel“ statt. In dem Arbeitskreis gab es u.a. auch den einstimmigen Beschluss zum Regressionsmietspiegel. Der Fragebogen wurde im Arbeitskreis beschlossen, sodass im März/April 2023 mit der Befragung von Mietern und Vermietern begonnen wird. Die nächste Sitzung wird zum Thema Wohnlage stattfinden. Im Juni sollen im Arbeitskreis die ersten Ergebnisse aus der Auswertung des Fragebogens vorgelegt werden.

Er wies darauf hin, dass im Kabinett heute zum Mietspiegelzuständigkeitsgesetz beschlossen worden ist, dass die Gemeinde verantwortlich ist. Der Stadtrat muss demzufolge den Beschluss zum Mietspiegel fassen. Es erfolgt jetzt noch eine Beteiligung des Städte- und Gemeindebundes und der drei betroffenen Städte, die einen qualifizierten

Mietspiegel im Land Sachsen-Anhalt machen. Es wird davon ausgegangen, dass noch im Frühjahr 2023 im Landtag dieses Mietspiegelzuständigkeitsgesetz beschlossen wird. Die Stadt soll auch Mittel in Höhe von 100 TEUR für die Erstellung des Mietspiegels und 30 bis 40 TEUR für die Fortschreibung erhalten.

Frau Rohrbach fragte, ob im Fragebogen die Baujahre zur Zufriedenheit der Wohnungsgesellschaften jetzt mit eingeflossen sind.

Herr Golnik bestätigte, dass dies erfolgte, verwies dazu auch an Herrn Neumann, welcher als sachkundiger Einwohner hier im Ausschuss anwesend ist.

Herr Neumann äußerte sich als Geschäftsführer eines Wohnungsunternehmens und bestätigte, dass diesmal die Wohnungsunternehmen von Anfang an mit einbezogen worden sind. Der Bodenrichtwert ist jetzt vom Tisch und verschiedene Dinge, wie Erschließung ÖPNV, Grünflächen etc. spielen eine Rolle bei der Ermittlung des Mietspiegels.

Frau Rohrbach ging auf die Feldphase Befragung von Mietern und Vermietern ein und wollte wissen, ob die Vermieter explizit zu einem bestimmten Vermietungsobjekt befragt werden.

Herr Neumann sagte, dass auch beim letzten Mal von der Stadt ausgewählte Wohnungen vorgegeben worden waren und so wird es diesmal auch wieder sein.

Jetzt gibt es die klare Regelung, dass der Fragebogen ausgefüllt werden muss. Mit der Zuständigkeitsregelung durch das Land ist die Datenerhebung noch rechtssicherer geworden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 6.2	Aktuelle	Schwerpunkte	im	Bereich	Digitalisierung
	Vorlage: VII/2023/05132				

Frau Dr. Odparlik stellte die Informationsvorlage als Präsentation dar und erläuterte diese im Einzelnen. Sie informiert, dass mit Stand heute 88,5 % des geförderten Breitbandausbaus realisiert wurde. Verschiedene Gründe führen dazu, dass das mit dem Breitbandausbau beauftragte Unternehmen bis zum Ende der Projektförderung am 31.03.23 voraussichtlich drei von fünfzehn Klastern nicht vollständig abgeschlossen werden können. Der Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung spricht aktuell mit dem Unternehmen sowie mit der Investitionsbank (IB), wie mit der Situation im Sinne der Stadt umgegangen werden kann.

Zum Digitalisierungszentrum teilte **Frau Dr. Odparlik** mit, dass die Landesförderung ausgelaufen ist. Es wurden zwei Personalstellen in der Stadt geschaffen (Teamleiter Digitale Stadt und Projektmanager Digitale Dienstleistung). Das Regionale Digitalisierungszentrum besteht weiter.

Sie ging kurz auf die Darstellung zum Sachstand Stadtgutschein, Online-Marktplatz und Digitale Wochenmärkte ein und benannte die aktuellen Zahlen.

Frau Dr. Odparlik erläuterte den Sachstand zu Smart City und ging darauf ein, dass die Phase der Einreichung von Projektideen im letzten AWWSD für zu kurz benannt worden ist. Im Sinne der Ideengeber wurde sie daher auf den 08.01.2023 verlängert und weitere Informationsveranstaltungen angeboten. Die eingegangenen 85 Projektideen werden aktuell gesichtet und weiter qualifiziert. Im Rahmen der Projektqualifizierungsphase wird es weitere öffentliche Veranstaltungen geben, sodass Beteiligungen in der Strategiephase sichergestellt

werden. Sie wies darauf hin, dass die Strategiephase entsprechend des vom Bund gesetzten engen Zeitrahmens mit dem Ratsbeschluss vor der Sommerpause beendet werden soll.

Sie verwies auf folgende Termine:

Am 17.03.2023 findet der Design Sprint 6 statt. Sie lud hierzu auch Stadträte, Ausschussmitglieder und Fraktionsmitarbeiter/-innen ein, die sich gern mit diesem Thema auseinandersetzen und diese Ideen weitertragen können. Eine offizielle Einladung folgt.

Am 28.03.2023 soll hier im Ausschuss detailliert informiert und dies zur Diskussion gegeben werden. Im April soll die Öffentlichkeit mit zwei großen Zukunftswerkstätten informiert werden. Angedacht ist, im Mai bereits in den Stadtrat zu gehen. Ob die Zeitschiene so umsetzbar ist, hängt auch von den Gesprächen und Hinweisen ab, die hier eingehen.

Zur Gestaltung der Smart City Plattform führte sie anhand der Präsentation (Anlage Beschlussvorlage) ebenfalls aus. Eine Vergabe des entsprechenden Auftrags erfolgt aktuell auf Basis eines zuvor durchgeführten Mikrowettbewerbs, der in Kooperation mit dem Designhaus Halle (Saale) durchgeführt wurde.

Es wird in vielen Workshops in den jeweiligen Facharbeitsgruppen gearbeitet, um hier ebenfalls zu guten Ergebnissen zu kommen.

Herr Senius fragte, welche Konsequenzen die Tatsache, dass der Breitbandausbau nicht fristgemäß abgeschlossen werden kann, für die Stadt Halle (Saale) hat, bspw. Verzugszinsen, Rückzahlung von Fördermitteln.

Frau Dr. Odparlik konnte noch keine verbindliche Aussage hierzu geben. Sie hofft, dass dies abgewendet werden kann. Halle ist nicht die einzige Kommune, die Schwierigkeiten mit den bauausführenden Unternehmen hat. Sie hofft, dass die IB sich hier entgegenkommend zeigt. Entsprechende Gespräche werden aktuell geführt.

Herr Senius geht davon aus, dass die IB hier auch mit den Verantwortlichen in Brüssel sprechen wird, da diese die Regeln setzen.

Frau Dr. Odparlik äußerte, dass der Kontakt zur IB sehr gut ist. Die Gespräche laufen diesbezüglich.

Herr Senius wollte wissen, ob die IB sich geäußert hat, wann sich diese zu möglichen Förderrechtlichen Konsequenzen äußern werden.

Das verneinte **Frau Dr. Odparlik**, wies aber darauf hin, dass Verständnis bei mündlichen Gesprächen signalisiert worden ist.

Herr Senius fragte, ob in einer Sitzung evtl. eine Karte mit den bereits angeschlossenen Klastern vorgelegt werden oder hierzu etwas gesagt werden kann.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass das möglich ist und, dass Halle (Saale) insgesamt bereits sehr gut mit Breitband erschlossen wurde. An ungünstigen Standorten sieht dies leider noch anders aus.

Herr Heinrich wollte wissen, ob die Größenordnung des Umsatzes auf dem Online-Marktplatz mit den aktuell benannten 66 Firmen bekannt ist. Gibt es jährliche Vergleiche?

Frau Dr. Odparlik sagte, dass insgesamt ein Vergleich gemacht werden kann, ohne dass sie über einzelne Firmen sprechen wird.

Frau Winkler sagte, dass dies bei Gelegenheit einmal in einer Sitzung kundgetan werden kann.

Frau Rohrbach ging auf die Gestaltung WEB-Site ein und fragte, ob ein Zeitrahmen gesetzt ist, bis wann diese fertig sein muss.

Frau Dr. Odparlik antwortete, dass die Plattform dieses Jahr aufgebaut werden soll, sodass diese zum Start der Umsetzungsphase steht.

zu 7 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Frau Dr. Wünscher Verfahren zur Gestaltung Marktplatz**

Frau Dr. Wünscher ging auf eine Anfrage von ihr zur Gestaltung des Marktplatzes (Beispiel aufgestelltes Herz) und die damals gegebene Antwort der Verwaltung ein. Von der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass entweder das Stadtmarketing oder die Verwaltung dies über die Sondernutzungssatzung entscheidet. Sie monierte dazu, dass für sie nicht befriedigend ist, dass die Entscheidung zur „Möbilierung“ dieses zentralen Platzes relativ eigenständig vergeben werden kann. Sie wollte wissen, ob nicht ein anderes Verfahren zur Entscheidungsfindung der Gestaltung des Marktplatzes möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Dr. Wünscher regte an, dass dies beispielsweise im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung oder einem anderen entsprechenden Gremium besprochen werden könnte. Nach Beendigung des Weihnachts- und Wintermarktes steht wieder das große Herz da.

Frau Winkler signalisierte dazu auch Bereitschaft, da ihre Fraktion dies ebenso sieht.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass vor der nächsten „Möbilierung“ des Marktplatzes hier eine Diskussion und Regelung erfolgen sollte. Ansonsten erwägt sie, dass ein entsprechender Antrag über ihre Fraktion gestellt wird, was Frau Winkler positiv sah.

zu 7.2 **Herr Schaper zum Star Park II**

Herr Schaper fragte zum Star Park II nach. Dieses ist per Grundsatzbeschluss von der Gemeinde Kabelsketal abgelehnt worden. Es sind neue Flächen im Gespräch, wovon Halle nicht betroffen ist. Er fragte, wie die Stadt grundsätzlich zu diesen geplanten Flächen steht und ob bereits Tendenzen erkennbar sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es noch keine Entscheidung gibt, wo der Star Park II angesiedelt werden soll. Die Entscheidung des Saalekreises und die Tendenz des Landrates werden hierzu entscheidend sein. Klar ist, dass alle angedachten Flächen außerhalb der Stadt Halle sind. Demzufolge ist die Stadt formal raus, da dies nicht in deren Planungshoheit fällt.

Herr Schaper ging auf einen MZ-Artikel ein, in welchem ein großer Investor angedeutet hat, dass er dann aus Halle ziehen muss, wenn Star Park II nicht kommt, da er dann seine

Flächen nicht erweitern kann. Es soll durch die Stadt Gespräche gegeben haben, weswegen er zum Stand nachfragte.

Herr Rebenstorf bestätigte, dass es diese Gespräche gibt. Die Flächenknappheit ist bekannt, auch im Gewerbegebiet Neustadt, es wäre zu früh, zu informieren, welche Alternative angeboten wurde. Für die Berliner Straße gibt es eine B-Plan-Aufstellung, für Ammendorf-Radewell soll die Nacherschließung auf den Weg gebracht werden, mit der bekannten Gewerbeerschließungsstraße, um die Flächenpotentiale, die da sind, noch zu heben. Inwieweit das dann passt, muss man in weiteren Gesprächen dann sehen.

zu 7.3 Herr Senius Reviervereinbarung Star Park II

Herr Senius fragte zu den Auswirkungen auf die Reviervereinbarung zum Star Park II nach.

Herr Rebenstorf sagte, dass es ursprünglich ein gemeinsames Projekt zwischen der Stadt Halle und dem Saalekreis, respektive Halle und Kabelsketal war und als es um die Reviervereinbarung ging (die nach Kenntnisstand noch nicht durch den Saalekreis unterschrieben ist), ist der Star Park II formal komplett dem Saalekreis zugeordnet worden.

zu 7.4 Herr Senius zum Sachstand Wasserwerk Beesen

Herr Senius sprach an, dass das Wasserwerk Beesen nicht über den GDF gefördert wird. Gibt es einen neuen Sachstand?

Herr Rebenstorf sagte, dass bei ihm nichts Neues angekommen ist.

Herr Senius sagte, dass er gehört hat, dass das Land sich um eine Förderung für Beesen bemüht.

Auch hierzu war **Herrn Rebenstorf** noch nichts bekannt.

zu 7.4 Herr Helmich zum Monitoring wegziehender Firmen aus Stadt

Herr Helmich sagte, dass ihm in der Erinnerung eine Firma ist, die vor ca. zwei Jahren aus Halle weggezogen war, weil keine ausreichende Lagerfläche mehr vorhanden war. Gibt es in der Stadt ein Monitoring zu wegziehenden Unternehmen aus der Stadt, um ggf. mit solchen Firmen nochmal in Kontakt zu treten?

Frau Dr. Odparlik sagte, dass ihr Fachbereich eine Unternehmensdatenbank führt, die zur Bestandspflege und sehr wichtig für die Arbeit ist. In dem benannten Fall, falls vom gleichen Unternehmen gesprochen wird, wurde der Kontakt gesucht. Es gab da auch persönliche Gründe und nicht nur Flächenmangel für den Wegzug der Firma.

Der Flächenmangel ist tatsächlich ein Problem und nicht nur in Hinsicht von Ansiedlung, sondern auch für das Wachstum der eigenen Unternehmen, was intensiv unterstützt werden soll.

Auch das Land bekennt sich dazu, nicht nur neue Unternehmen zu suchen, sondern die eigenen Firmen, die hier gegründet wurden und verwurzelt sind, auch zu unterstützen und zu halten.

zu 7.5 Herr Heinrich zur Wirtschaftlichkeit der TOOH

Herr Heinrich fragte zur TOOH nach, die wohl 5 % ihrer Ausgaben selbst erwirtschaftet. Ist ein Ranking bekannt, wie das Verhältnis in anderen Großstädten dazu ist, wie bspw. Leipzig.

Frau Winkler sagte, dass dies im Kulturausschuss nachgefragt werden müsste.

Frau Dr. Wünscher bestätigte die Aussage von Frau Winkler, konnte aber sagen, dass die genannte Zahl nicht stimmt. Die Einspielquote in anderen Großstädten ist natürlich eine andere als in Halle und dies ist auch von Sparte zu Sparte unterschiedlich.

Herr Heinrich sagte, dass es ihm nicht um die verkauften Karten geht, sondern um die Wirtschaftlichkeit der TOOH. Die Subvention in Halle hielt er im Verhältnis zu anderen Großstädten für sehr ambitioniert.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Einspielquote das widerspiegelt, was er wissen möchte. Diese sagt aus, wie viel von den Gesamtausgaben das Haus oder die Häuser selbst erwirtschaften. Die Statistik wird erfasst vom Deutschen Bühnenverein und werden jährlich ausgewiesen.

Herr Heinrich fragte Frau Dr. Wünscher, ob diese sagen kann, ob Halle da im oberen Bereich der Einspielquote liegt oder weiter unten.

Frau Dr. Wünscher erwiderte, dass Halle nicht auf den vorderen Plätzen ist, bei vergleichbaren Städte bewegt sich Halle wie bspw. Chemnitz und Rostock.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Herr Senius zur Einladung DEHOGA und Stadtmarketing bzgl. Antrag Gästebeitrag

Herr Senius bezog sich auf den im morgigen Stadtrat befindlichen Antrag zur Einführung eines Gästebeitrages. Das wird sicher auch hier im Ausschuss diskutiert und behandelt werden. Deswegen regte er frühzeitig an, dass Vertreter des Stadtmarketings und der DEHOGA dann dazu eingeladen werden.

zu 8.2 Herr Senius zur Einladung IHK bzgl. Ergebnisse aus Handelsatlas

Herr Senius sagte, dass am morgigen Tag die IHK den Handelsatlas vorstellt. Da der Stadtrat tagt, ist eine Teilnahme nicht möglich. Deswegen regte er an, dass in einer der nächsten Sitzungen die IHK zu den wesentlichen Ergebnissen des Handelsatlases eingeladen werden sollte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Winkler** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
stellv. Protokollführerin